

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Gartenstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Reichs beschließenderseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Riesa 1884
Gartenstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 195.

Dienstag, 21. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres sind die Preise von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen gehalten und das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigenblattes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 20 mm breiten, 7 mm hohen Textblock 100 Gold-Pfennige; die 24 mm breite Reklamizeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Größter Rabatt erzielt, wenn der Verlag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen werden auf Wunsch und Befehl des Verlegers oder auf Nachzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostkestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: L. E. G. Leichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Uebertriebene Hoffnungen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Berliner Vorbereitungen für die Reise nach Paris sind getroffen. Dr. Stresemann, der allein nach Paris reist, wird am 29. August abends die französische Hauptstadt verlassen, um nach Genf zu reisen, wo am 29. die Tagung des Völkerbundrates beginnt. In einem etwas früheren Termin wird die deutsche Delegation für die Völkerbundtagung unter der Führung des Staatssekretärs von Schubert sich nach Genf begeben. Wie im vergangenen Jahre werden außer dem Referenten des Auswärtigen Amtes auch Mitglieder des Reichstages zur deutschen Delegation gehören und in die einzelnen Kommissionen delegiert werden. Es sind laut Völkischer Zeitung von der Regierung zum Eintritt in die Delegation eingeladen worden: Graf Bernstorff, der frühere demokratische Abgeordnete, ferner Abgeordneter Dr. Breitscheid von der Sozialdemokratie, Abgeordneter Dr. Raab vom Zentrum, Abgeordneter von Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) und Abgeordneter Rindener-Wildau, der Vorsitzende der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, von dem aber eine zugehende Antwort bisher nicht eingegangen ist.

Die Kabinettsitzung, in der die mit der Pariser Reise Dr. Stresemanns und mit der Völkerbundtagung zusammenhängenden Fragen besprochen werden sollen, ist auf Mittwoch anberaumt. Es wird, den Witterern zufolge, mehr eine informierende Aussprache sein und nicht eine Beschlußfassung über Instruktionen für die Führung der deutschen Delegation.

Die Frage der Beteiligung weiterer Staaten am Kellogg-Pakt.

Washington. Im Staatsdepartement wurde erklärt, daß die Staaten, die bisher am Kellogg-Pakt nicht beteiligt sind, zwar erst nach der Pariser Unterzeichnung durch

Vorbereitungen für Paris und Genf.

die 15 ursprünglichen Signatarmächte, aber schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages dem Pakt beitreten können. Sobald also die Ratifikationsurkunden der 15 Mächte in Washington deponiert seien, könnten auch die inzwischen neu beigetretenen Staaten gleichzeitig Mitglieder der Kriegsschlichtungskonvention werden. Da somit der Vertrag für alle im gleichen Augenblick in Kraft tritt, so nimmt man hier an, daß die Vorwürfe wegen der Nichtausübung weiterer Staaten zum Akt der Unterzeichnung hinfällig sind. Es wird jedoch betont, daß die eventuelle Beteiligung am Pakt natürlich nichts mit der Frage der Anerkennung der Somajetregierung durch die Vereinigten Staaten zu tun hat.

Kellogg fährt nicht nach London.

New York. (Frankfurt.) Nach einem Telegramm, das die New York Times von Bord der „Ulle de France“ erhalten hat, hat Staatssekretär Kellogg beschlossen, von einem Besuch in London abzusagen. Er wird in Dublin Verpflichtungen abzuwickeln. Kellogg beabsichtigt, 3 Tage in Irland zu verweilen.

Ein goldener Federhalter für die Unterzeichnung des Antikriegspakts.

Die Journal aus Le Havre meldet, wird der Bürgermeister dieser Stadt Staatssekretär Kellogg bei seiner Ankunft im Namen der Stadt einen massiv goldenen Federhalter mit einer Widmung und der Inschrift „Et vis pacem, para pacem“ überreichen und dazu den Wunsch ausdrücken, daß sowohl Kellogg wie auch die anderen Staatsmänner sich bei der Unterzeichnung des Antikriegspakts dieses Federhalters bedienen möchten.

Reichsinnenminister Severing über Panzerkreuzer und Reichsregierung.

Dielesfeld. In einer außerordentlich gut besuchten Mitgliedsversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins sprach gestern abend Reichsminister Severing über „Panzerkreuzer und Reichsregierung“. Er wies einleitend darauf hin, daß die Panzerkreuzerfrage im Wahlkampf für die Sozialdemokratische Partei gewiß eine sehr große Rolle gespielt habe, daß aber die Partei ihren Erfolg am 20. Mai keineswegs lediglich dem Kampfe gegen den Panzerkreuzer zu verdanken habe. In seinem Referat betonte der Minister besonders, daß durch das Kompromiß mit dem Reichstag, die Entscheidung über den Panzerkreuzer bis zum 1. September zu fällen, eine sehr schwierige Situation geschaffen worden sei. In der fraglichen Sitzung der Reichsregierung sei über den Bau nicht abgestimmt worden, sondern man habe sich lediglich mit dem Beginn einverstanden erklärt, nachdem der Reichswirtschaftsminister aus dem Etats der letzten Jahre Reste im Betrage von 41 Millionen zur Verfügung gestellt und erklärt habe, daß für den gesamten Panzerkreuzerbau keine neuen Staatsmittel angefordert werden würden. Die Ablehnung des Panzerkreuzers befreie sowohl bei der Sozialdemokratischen Partei als auch bei den sozialdemokratischen Ministern nach wie vor weiter. Es werde alles versucht werden, bei den Bestimmungen über die Raten im Reichstag ein anderes Ergebnis herbeizuführen. Vor allen Dingen, so erklärte Reichsminister Severing, denke die Sozialdemokratie nicht daran, als Folge des Panzerkreuzerbeschlusses der Bürgerlich-demokratischen Regierung des Reichstages weitere Chancen auf sich zu nehmen, da sich diese schon aus finanziellen Gründen von selbst verbieten würden. Severing erklärte, daß die Sozialdemokratie nicht daran gedacht habe, um des Panzerkreuzers willen aus der Regierung herauszugehen, sondern die einmal errungene Machtposition solange wie möglich festzuhalten gedenke, da anders und dringlichere Aufgaben als die Panzerkreuzerfrage, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Verwaltung zu lösen seien.

Deutsch-nationale Anfrage zur Verfassungsfeier in Leipzig.

Im Preussischen Landtag ist eine kleine Anfrage des deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. von Winterfeld eingebracht, in der es heißt: In der Angelegenheit der Verfassungsfeier in Leipzig enthält die amtliche Erklärung nach wir gemachten Schilderungen Unrichtigkeiten. Die Feier war nicht allein vom Stadtkreis, sondern vom Bürgermeier und dem Landrat gemeinsam eingerichtet. Die Ausschmückung des Raumes lag in den Händen des Reichsbanners. Büden von Ober und Hindenburg waren am Vormittag des 11. August in den Saal geschafft worden. Bei dem Festakt war die Hindenburgblüse verschwunden. Anstelle der Blüse wurde ein Bild Hindenburgs angebracht. Eine neue Vertikale wurde vor Beginn der Feier gestellt. Eine neue Vertikale wurde vor Beginn der Feier gestellt. Eine neue Vertikale wurde vor Beginn der Feier gestellt. Eine neue Vertikale wurde vor Beginn der Feier gestellt.

Ein Besuch des Ministers Dr. Becker in Paris.

Paris. (Privat.) Der preussische Unterrichtsminister Dr. Becker wird, wie Oeuvre meldet, Ende des Monats im Anschluß an die Orientalistenkongress in Oxford auf Einladung des französischen Unterrichtsministers Durril Paris einen Besuch abstaten. Dr. Becker soll beabsichtigen, an der Universität einen Vortrag zu halten. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Oeuvre trat Dr. Becker für eine immer engeren Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ein, wozu besonders ein intensiver Schüler- und Studentenaustausch beitragen könne. Dem Anschluß Österreichs an Deutschland sieht der Minister, dem Blatt zufolge, als eine reine Formalität an, die, einmal vollzogen, einen seit langem bestehenden Zustand der Einheit regularisieren würde. Diese Formalität werde in nichts die deutsch-französische Verständigung beeinträchtigen. Frankreich müsse nach wie vor zu Deutschland Vertrauen haben.

germeister hat das Bild, vorbehaltlich der Entscheidung des Landrats, entfernen lassen und diesen, als er einige Zeit vor Beginn der Feier erschien, genau unterrichtet. Der Landrat hielt es nicht für nötig, das Bild wieder anbringen zu lassen.

Der 153. Sozialdemokrat im Reichstag.

nds. Der Reichswahlprüfungsausschuß hat am Montag in einer Sitzung das Wahlergebnis im Wahlkreis Ostpreußen überprüft. Dabei zeigte sich, daß bei der ersten Mitteilung des Wahlergebnisses 10418 Stimmen nicht mitgezählt worden sind. Die Korrektur dieses Fehlers, die die Wirkung, daß auf die sozialdemokratische Reichsliste zehn statt neun Sitze entfallen. In den bisherigen 152 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten tritt dadurch als 153. der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Ballenber.

Die „Times“ über das englisch-französische Marineloanpromiß.

London. Die „Times“ veröffentlichte folgende, offenbar inspirierte Mitteilung: „Angeheiß der Lausache, daß die englisch-französische Verständigung über Abrüstung zur See, von der Chamberlain am 20. Juli im Unterhaus Mitteilung machte, häufig als „Uebereinkommen“ (agreement) bezeichnet wird, mag darauf hingewiesen werden, daß Chamberlain sie als „Kompromiß“ bezeichnet, und daß keine Rede von einem formellen Vertrage ist. Die Ausdrücke „Kompromiß“ und „Uebereinkommen“ werden gebraucht für einen Austausch technischer Dokumente, die von den britischen und französischen Marinewissenschaftlern angefertigt und von beiden Regierungen befreit worden sind. Diese Dokumente ermöglichen es Großbritannien und Frankreich, an andere an der Einschränkung der Seerüstungen interessierte Mächte Vorschläge zu unterbreiten, die beide Mächte unterstützen werden. Es wird nicht für wünschenswert gehalten, das so. Uebereinkommen zu veröffentlichen, bevor die Kommentare aller interessierten Parteien eingegangen sind. Ein weiterer Grund für die Nichtveröffentlichung ist in dem mehr technischen Charakter der Dokumente zu suchen, die für andere als Sachverständige schwerlich begreiflich sein würden.“

Neue Verhaftungen in der Kriegsanleihe-Affäre.

Die Untersuchungen in der Kriegsanleihe-Vertragsaffäre haben, einer Korrespondenz zufolge, zu neuen Feststellungen geführt, auf Grund deren drei weitere Personen in Untersuchungshaft genommen worden sind. Ueber ihre Personalien werde seitens der Behörden strengstes Stillschweigen gewahrt. Es handelt sich bei den Verhafteten um einen Personkreis, der an den Beschuldigungen gegen den früheren Sekretär von Hugo Stinnes jun., von Baldow, interessiert ist und von dem den Untersuchungsbehörden anfangs in dem Falle Baldow Fingerzeige gegeben worden waren.